

Liestal, 18.10.2024

Medienmitteilung GLP BL: Parolenfassung für 24.11.2024

GLP Baselland sagt nach engagierter Diskussion Ja zum Autobahnausbau

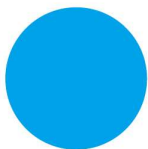
Ausschlaggebend für das Ja zum Autobahnausbau war die regionalpolitische Bedeutung des Rheintunnels – auch im Fall einer Sanierung der bestehenden Infrastruktur.

An der gestrigen Mitgliederversammlung der GLP Baselland wurden über die eidgenössischen Vorlagen, die am 24. November 2024 zur Abstimmung gelangen, diskutiert und die Parolen gefasst. Dabei stand die Vorlage zum Autobahnausbau im Mittelpunkt. Es wurde konstruktiv und engagiert für und gegen die Vorlage debattiert und es zeigte sich auch bei dieser Vorlage, dass es zuweilen schwierig ist, zwischen den ökologischen und ökonomischen Aspekten einer Vorlage zu entscheiden.

Zum wiederholten Male handelt es sich bei einer Vorlage um eine Paktvorlage mit vielen Teilen, die schwer verdaubar sind. Es wurde aufgeworfen, dass jeder Autobahn-Ausbau mengenausweitende Effekte habe und Stauprobleme nicht aufgehoben sondern nur verschoben würden. In der heutigen Zeit der wachsenden Klimaschäden sei es unverantwortlich, mehr in den Autobahnausbau zu investieren. Gerade bäuerliche Kreise, die bei Annahme der Biodiversitätsinitiative mit dem Kulturlandverlust argumentiert hätten, sehen nur ein paar Wochen später kein Problem, wenn grosse Flächen an Kulturland dauerhaft versiegelt und der Nahrungsmittelproduktion entzogen würden. Zudem haben gerade die vor einer Woche vom Bund publizierten Zahlen zu den externen Kosten des Strassenverkehrs gezeigt, dass dieser weit grössere gesellschaftliche Schäden als bisher angenommen verursache.

Seitens der Befürworter wurde insbesondere mit der überragenden Bedeutung des Rheintunnels für die Region Basel in diesem Paket argumentiert: Durch die Verlegung der Hauptverkehrsachse unter den Boden mitten in einem dicht besiedelten städtischen Gebiet würden die Quartiere und ihre Bewohnerinnen und Bewohner von Lärm und Verkehr entlastet. Dadurch steige die Lebensqualität in den betroffenen Gebieten. Die lokale Wirtschaft sei auf eine funktionierende störungsfreie Verkehrsanbindung angewiesen. Zudem würde bei einer zukünftig notwendigen Sanierung des Schwarzwaldtunnels oder der Schwarzwaldbrücke die Region in einem jahrelangen Verkehrschaos versinken, der Rheintunnel würde hier helfen, eine gewisse Redundanz für solche Fälle zu schaffen. Ein Erhalt der Infrastruktur sei zentral als positiver Standortfaktor für Unternehmensansiedlungen und Halten von Firmen in der Region.

Bedauert wurde, dass sich das Parlament geweigert hatte, von der GLP geforderte verbindliche Begleitmassnahmen wie beispielsweise verbesserter Lärmschutz, festzulegen. Einig war man sich hingegen, dass es zukünftig zusätzliche Massnahmen wie flächendeckendes Road Pricing in Agglomerationen oder Mautgebühren an Engpässen (Gotthard) benötigt, um Verkehrsflüsse besser steuern zu können. Ebenso muss der Umstieg auf die Elektromobilität forciert werden, um den klimaschädlichen Ausstoss von Treibhausgasen durch den Individualverkehr zu reduzieren.



Schlussendlich votierte dennoch eine Mehrheit für die Ja-Parole zur Autobahnausbauvorlage, dies vor allem wegen der regionalpolitischen Bedeutung des Rheintunnels, aus ökologischer Sicht konnten aber viele Vorbehalte und Bedenken nicht ausgeräumt werden.

Auch zu den übrigen Vorlagen entstanden engagierte Diskussionen, die Mitglieder fassten bei der Vorlage zur Untermiete im Mietrecht die Nein-Parole, zur Vorlage Kündigung wegen Eigenbedarf die Ja-Parole und zur Einheitlichen Finanzierung von Leistungen der Krankenversicherung (EFAS) sogar einstimmig die Ja-Parole.

Für Rückfragen:

Thomas Tribelhorn

Parteipräsident

079 752 96 15

